

Buchbesprechungen

Frisch, Helmut: Die neue Inflationstheorie. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen und Zürich 1980. 225 S. kart. DM 29,—.

Frisch hat die vorliegende Arbeit als Lehrbuch für fortgeschrittene Studenten geschrieben und diese Zielsetzung wurde ausgezeichnet erreicht. Man kann sagen, daß jetzt erstmals ein modernes Lehrbuch zur Inflationstheorie in deutscher Sprache vorliegt. Selbstverständlich müssen die interessierten Studenten weiterhin zusätzlich einige neuere Aufsätze durcharbeiten; ein Lehrbuch ist Komplement und nicht Substitut zur Auseinandersetzung mit der laufenden Forschung. Das Buch von Frisch bringt aber eine gute und konzentrierte Darstellung des gegenwärtigen Standes der Diskussion und ermöglicht so den Zugang zu weiteren Forschungsarbeiten.

Unter dem Stichwort die neue Inflationstheorie wird die Entwicklung von 1963 bis 1978 zusammengefaßt. Diesem umfangreichen ersten Teil folgt ein kurzer zweiter Teil über die traditionelle Inflationstheorie. Man kann sich fragen, ob es aus didaktischen Gründen nicht zweckmäßiger gewesen wäre, „historisch“ vorzugehen und die Diskussion der Quantitätstheorie, der inflatorischen Lücken und des „demand pull“-„cost push“ Gegensatzes an den Anfang zu stellen.

Der erste Teil beginnt mit der Darstellung der originären Phillipskurve und zeigt wie die Entwicklung bei der Suche nach einer theoretischen Begründung für eine beobachtete „empirische Gesetzmäßigkeit“ gelaufen ist. Anschließend werden die Voraussetzungen beim Übergang zur modifizierten Phillipskurve, die die Basis für die „trade-off“ Diskussion bildet, hergeleitet und die ersten wirtschaftspolitischen Konsequenzen gezogen.

Die Frage der Stabilität und damit die Unterscheidung zwischen kurzfristiger und langfristiger Phillipskurve behandelt Frisch zusammen mit den stabilisierungspolitischen Schlußfolgerungen ausführlich in zwei Abschnitten. Das Kapitel über die Erwartungsbildung, das den Schluß des ersten Teils bildet, würde sehr gut zu dieser Stabilitätsdiskussion passen.

Abgeschlossen wird die Phillipskurvendarstellung mit den kritisch kommentierten Ergebnissen der „Neuen Mikroökonomie“. Die Kosten der Informationsbeschaffung und asymmetrische Information über die Veränderungen der relativen Preise und des Preisniveaus vermögen nur die „freiwillige“ Arbeitslosigkeit zu erklären; freiwillige Kündigungen sollten sich, gemäß dieser Theorie antizyklisch verhalten, während das empirische Bild prozyklisch ist. Entlassungen passen überhaupt nicht ins Weltbild der „Neuen Mikroökonomie“. Diese berechtigte Kritik wurde von der „Neuen, Neuen Mikroökonomie“ aufgenommen, was u. a. zu Modellen mit impliziten Verträgen führte. Diese allerneueste Entwicklung wird im vorliegenden Lehrbuch noch nicht behandelt.

Das zweite Kapitel befaßt sich mit der monetaristischen Inflationstheorie. Hier leitet Frisch ein kleines interdependentes Modell her, daß die Zerlegung eines monetären Impulses in einen Inflations- und einen Produktions-

effekt gestattet. Die Bausteine sind das Gesetz von Okun, eine Phillipskurve mit adaptiven Erwartungen und eine stabile Geldnachfrage mit konstanter Umlaufgeschwindigkeit.

Der Abschnitt über die offene Volkswirtschaft kann im Monetarismusteil knapp gehalten werden, da im dritten Kapitel unter dem Stichwort strukturelle Inflation das Skandinavische Modell ausführlich und präzise dargestellt wird. Dabei legt Frisch großes Gewicht auf die notwendigen Voraussetzungen auf der Nachfrage- und Verteilungsseite, damit sich die Anteile der beiden Sektoren bei unterschiedlicher, exogen bedingter, Produktivitätsentwicklung. Duncker & Humblot, Berlin-München 1980. 70 S. DM 19,60.

Im Kapitel über die Erwartungsbildung arbeitet der Verfasser den wesentlichen Gedanken der rationalen Erwartungen klar ohne großen mathematischen Apparat heraus. Diese Darstellung ist didaktisch sehr wertvoll, wenn man an die große Zahl der oft recht mühsamen Originalaufsätze denkt. An einem kleinen Modell werden anschließend die stabilisierungspolitischen Konsequenzen präzise dargestellt, so daß der Student den Schlußfolgerungen leicht folgen kann. Nicht diskutiert werden dagegen die Frage eines möglichen Informationsvorsprungs der öffentlichen Hand und das Problem der „rationalen“ Prognose der exogenen Variablen.

Das vorliegende Lehrbuch zeigt in einer knappen und klaren Darstellung die wesentlichen Ergebnisse der Inflationsforschung der letzten 15 - 20 Jahre. Dank des didaktischen Geschicks des Verfassers können fortgeschrittene Studenten den Stoff ohne größere Mühe verarbeiten. Es fällt daher leicht „die Neue Inflationstheorie“ als Textbuch für Vorlesungen über Inflations-theorie und -politik zu empfehlen.

H. Schelbert, Zürich

Winterstein, Helmut: Steigende Sozialabgaben — eine zwangsläufige Entwicklung. Duncker & Humblot, Berlin-München 1980. 70 S. DM 19,60.

Die Schrift enthält die Ergebnisse eines wirtschaftspolitischen Kolloquiums der Adolf-Weber-Stiftung im Frühjahr 1979. Geklärt sollte in erster Linie werden, ob und gegebenenfalls welche Mechanismen identifizierbar sind, die einen tendenziellen Anstieg der Sozialleistungsquote bewirken und irreversibel machen. Demgegenüber wurde die Inzidenzproblematik mangels empirisch gesicherter Ergebnisse weitgehend ausgeklammert. Hier blieb es nach dem Befund im wesentlichen bei der plausiblen Vermutung, daß sich die Redistributionswirkungen vorwiegend auf ungewisse Verschiebungen im „sozialen Mittelfeld“ beschränken. Ferner stand die Analyse des Sozialversicherungssystems im Vordergrund. Das mag von der Vollständigkeit her als Mangel empfunden werden. Jedoch ist dieses zentrale Element der sozialen Sicherung ein vorzügliches Demonstrationsobjekt im Hinblick auf die Fragestellung.

Das vorangestellte Referat von Winterstein enthält eine für den mit der Materie nicht sehr vertrauten Leser nützliche Skizze der Entwicklung von Sozialbudget bzw. Sozialversicherungssystem seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Darüber hinaus wird eine analytische Grundlage für das Verständnis des sich anschließenden Berichts über die Aussprache geschaffen. Hierbei gelingt es dem Verfasser, einsichtig darzulegen, daß es sich die politisch Verantwortlichen zu leicht machen, wenn sie als Ursachen der drängenden Finanzierungsprobleme die wirtschaftliche und demographische

Entwicklung in den Vordergrund rücken. Vielmehr bedarf es noch nicht einmal anspruchsvoller empirischer Analyse, um überdeutlich werden zu lassen, daß die Fehlentwicklungen in beträchtlichem Maße das vorhersehbare Ergebnis eines kurzatmigen, häufig an Wahlterminen orientierten politischen Prozesses sind, der dem Langfristcharakter des Versicherungssystems ungenügend Rechnung trägt. Sozialpolitik als Ordnungspolitik wurde zugunsten permanenter verteilungspolitisch motivierter Eingriffe vernachlässigt, was zugleich eine zunehmende Verdrängung des Versicherungs- durch das Versorgungsprinzip mit allen finanziellen Folgen bedeutete.

Zu den herausragenden Ausspracheergebnissen dürften gehören: (1) Grenzen der Sozialbelastbarkeit der Unternehmen und der Volkswirtschaft sind nicht angebbar, wohl aber zunehmender Abgabewiderstand, konzentrationsfördernde Wirkungen, Gefährdungen der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland sowie ein Abfall der Leistungswilligkeit als Folge sozialer Übersicherung. (2) Der Anstieg der Soziallasten wird durch eine Hypertrophie der Leistungsansprüche begünstigt; immer wieder wird die eine Übernutzung begünstigende Kollektivguteigenschaft des Sicherungssystems im Reformeifer übersehen oder verdrängt. (3) Solange eine Verstärkung sozialer Sicherheit von den Stimmbürgern überwiegend als „Fortschritt“ honoriert wird, können nur leere Kassen den Prozeß des Überhäufens mit sozialpolitischen Wahlgeschenken bremsen. (4) Unabhängig davon bedeutet ein Mehr an Versorgung mit sozialer Sicherung auch mehr Abhängigkeit von Staat und politischen Unternehmern und damit eine Stärkung ihrer Macht. (5) Vermehrte kollektive im Gegensatz zu privater Sicherung findet aus organisationsimmanenten wie auch ideologischen Gründen die Unterstützung der Gewerkschaften.

Die skizzierten Ergebnisse sind nicht neu, wohl aber in der Dichte der Präsentation zur Information für den eiligen Leser sehr nützlich. Das gilt auch für das Plädoyer zugunsten einer Kombination von obligatorisch-öffentlicher Basissicherung, bei der Selbstbeteiligung eine Übernutzung sozialer Sicherheit soll, mit privater Zusatzsicherung im Falle weitergehender Sicherheitsbedürfnisse. Ob wenig wirksamen Umverteilungsversuchen mit Hilfe des Sicherungssystems durch bessere Information über die „soziale Input-Output-Relation“ vorgebeugt werden kann, mag bezweifelt werden. Institutionelle Vorkehrungen wären da wohl erfolversprechender. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die skeptische Haltung gegenüber verstärkter sozialer Selbstverwaltung etwas zu wenig differenziert, auch wenn die Ansicht geteilt wird, daß das Modell Bundesbank für die Sozialpolitik im allgemeinen nicht analogiefähig ist. Im Hinblick auf die Träger die Sozialversicherung im besonderen könnte mehr Autonomie z.B. die finanziellen Folgen von Umverteilungs- und Leistungserweiterungsbegehren über den dann notwendigen formellen Diskurs zwischen Gesetzgeber und Versicherungsinstitution schneller und unzweideutiger auch für die Beitragszahler erkennbar werden lassen; dabei wäre es prüfenswert, ob ihnen ein weniger delegiertes Mitspracherecht eingeräumt werden sollte.

M. E. Streit, Mannheim / Florenz

Hoppen, Horst Dieter: Industrieller Strukturwandel. Eine empirische Untersuchung der sektoralen und regionalen Veränderungen im Sekundärbereich der Bundesrepublik Deutschland. Duncker & Humblot, Berlin-München 1979. 357 S. DM 48,—.

Der Untertitel des Buches verdeutlicht bereits den Inhalt der Arbeit: Eine empirische Untersuchung der sektoralen und regionalen Veränderungen im Sekundärbereich der Bundesrepublik Deutschland. Es geht also darum, den Prozeß der sektoralen Strukturwandlungen im Industriebereich im Zeitraum 1962 - 1972 zu analysieren und zugleich die dadurch verursachten Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur aufzuzeigen. Die Konsequenzen des Strukturwandels werden als Veränderungen von Beschäftigung und Bruttoproduktion gemessen, wobei vor allem die Ergebnisse für den Beschäftigungswandel dargestellt werden. Die Begrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf den industriellen Teil der Wirtschaft ist zwangsläufig bedingt durch den Mangel an entsprechenden statistischen Informationen für den tertiären Bereich. Man fragt sich allerdings, warum der Autor die vorhandenen Informationen über den Bergbau nicht verarbeitet hat, wo doch zumindest einige Regionen durch die Entwicklung dieses Sektors besonders betroffen sind. Die in der Industrieberichterstattung der amtlichen Statistik ausgewiesenen Industriezweige werden für die vorliegende Untersuchung zu elf Sektoren zusammengefaßt.

Als regionales Raster dienen in der vorliegenden Untersuchung die insgesamt 34 Regierungsbezirke der Bundesländer (Warum fehlt Berlin/West?). Es vermag durchaus zu überzeugen, daß der Autor ein Aggregationsniveau auf mittlerer Ebene hinsichtlich des Untersuchungsziels als optimal bezeichnet. Nun sind allerdings gerade in den letzten Jahren im Rahmen der regionalpolitischen Diskussion eine Vielzahl von Abgrenzungsvorschlägen, z. B. Gebietseinheiten der Bundesraumordnung, Planungsregionen der Länder, Arbeitsmarktreionen, — um nur einige zu nennen — erarbeitet worden, die den regionalpolitischen Fragestellungen besser gerecht werden sollen als die vorhandenen administrativen Abgrenzungen. Es ist nicht ersichtlich, warum der Autor aus der Vielzahl der Regionsabgrenzungen sich ausgerechnet für die Regierungsbezirke entschieden hat, die, wie er selbst schreibt, aufgrund der ungleichen Verwaltungsstruktur der Bundesländer doch insgesamt sehr heterogene Züge aufweisen.

Die Arbeit ist in drei Abschnitte gegliedert. Im einführenden ersten Kapitel wird die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik anhand der klassischen drei Sektoreneinteilung Primär-, Sekundär- und Tertiärbereich im Beobachtungszeitraum dargestellt. Es schließt sich ein internationaler Vergleich mit den wichtigsten europäischen Ländern und USA an, bei dem der überproportional große Anteil des Sekundärbereichs („Überindustrialisierung“) in der Bundesrepublik deutlich wird.

Das zweite Kapitel behandelt die „Strukturwandlungen des Sekundärbereichs aus gesamtwirtschaftlicher Sicht“. Hierbei liefert der Autor zunächst einen anschaulichen Überblick über die gebräuchlichen Hypothesen des sektoralen Strukturwandels und die industriellen Standorttheorien. Die Entwicklung der Industriestruktur in den einzelnen Regierungsbezirken wird mit Hilfe der Shift-Analyse und einem Vergleich der sektoralen Wachstumsraten in den Regionen analysiert. Es muß jedoch bezweifelt werden, ob der sog. „Standortfaktor“ in der Shift-Analyse tatsächlich in der Lage ist, die Standortqualitäten zu messen. Da der Autor selbst in einem

früheren Beitrag (Horst-Dieter Hoppen, Die Shift-Analyse, Untersuchungen über die empirische Relevanz ihrer Aussagen, in: Raumforschung und Raumordnung, 1/1975) sich recht zurückhaltend über die Aussagefähigkeit des Standortfaktors geäußert hat, muß die gleiche Skepsis auch in dem hier vorliegenden Fall angebracht sein. Die Frage, ob die räumliche Konzentration der einzelnen Industriesektoren zu- oder abgenommen hat, d. h., ob im Zeitablauf die regionale Verteilung der Sektoren gleichmäßiger oder ungleichmäßiger geworden ist, diese Frage wird mit Hilfe einer Kennzifferanalyse (Medianverhältnis und Chi-Quadrat-Test) untersucht, wobei der Verfasser zu dem Ergebnis kommt, daß in stagnierenden oder rückläufigen Sektoren die räumliche Konzentration abgenommen hat, eine gleichmäßigere Verteilung also eingetreten ist. Bei den Wachstumssektoren kommt es zwar in den Ballungsgebieten gleichfalls zu rückläufigen Trends der Beschäftigung, jedoch nimmt der räumliche Konzentrationsgrad insgesamt zu, da die Verluste der Agglomerationsgebiete durch überproportionale Wachstumsraten anderer Regionen überkompensiert werden.

Im dritten und mit über 200 Seiten umfangreichsten Kapitel untersucht der Verfasser die „Strukturwandlungen des Sekundärbereichs aus regionaler Sicht“. Hierbei soll vor allem zwei Fragen nachgegangen werden:

1. Welche regionsinternen Strukturwandlungen haben insbesondere bei den regionalen Leitsektoren stattgefunden, bei jenen Sektoren also, deren Anteil in der Region überdurchschnittlich groß war?
2. In welchem Umfang waren die jeweiligen Standortbedingungen an diesen Strukturwandlungen beteiligt?

Hierzu wird für jeden Sektor in jeder Region eine Indikatoranalyse durchgeführt, die die regionalen und sektoralen Entwicklungsbedingungen deutlich machen soll und zugleich die Grundlage für eine regionale Wachstumsprognose bis 1985 liefert. Diese Indikatoranalyse für den gesamten Beobachtungszeitraum mit insgesamt 11 Einzelindikatoren ist in drei Teilbereiche ‚Entwicklung‘, ‚Trendvergleich‘ und ‚Standortqualität‘ untergliedert. In der ersten Gruppe werden vor allem das empirisch beobachtete Beschäftigungsniveau und der Anteil des Sektors an den regionalen Industriebeschäftigten erfaßt. Die zweite Gruppe enthält einige alternativ formulierte Trendberechnungen für die Beschäftigungsentwicklung. In der dritten Gruppe „Standortqualität“ werden Indikatoren aufgeführt, die die „Interaktion von Sektor und Region“ und damit im Sinne des Verfassers die Standortbedingungen des Sektors wiedergeben sollen. Diese Indikatoren stammen aus einer zuvor durchgeführten Varianzzerlegung, die nach Aussage von Hoppen erstmalig für den Bereich der empirischen Regionalforschung angewendet wird. Bei dieser Varianzzerlegung wird das regionale Beschäftigungsniveau des Sektors durch geschickte Umformulierung aus den Differenzen verschiedener Mittelwerte „erklärt“. Einige dieser Größen werden dabei als Indikatoren der Standortqualität interpretiert, die je nach dem Vorzeichen der Differenz als „günstig“ oder „ungünstig“ für den Sektor bezeichnet wird. Es ist allerdings zweifelhaft, ob mit diesen allein durch Umformulierung gewonnenen Indikatoren überhaupt Aussagen über Standortbedingungen gemacht werden können. Positive oder negative Abweichungen in der regionalen Entwicklung eines Sektors können so vielfältige Ursachen haben, daß sie nicht allein auf „Standortbedingungen“ zurückgeführt werden können, insbesondere dann nicht, wenn diese Standortbedingungen durch keinerlei ökonomische Hypothesen oder Theorien begründet

werden. So ist es doch z. B. bei der durch die sowohl aus Gründen der Geheimhaltung als auch der Überschaubarkeit bei der Darstellung der Ergebnisse notwendigen Aggregation der industriellen Wirtschaftszweige nicht unrealistisch anzunehmen, daß sich innerhalb der einzelnen Sektoren die Nachfrage recht differenziert entwickelt und somit sektorintern Entwicklungen auftreten, die von der Tendenz des Gesamtsektors abweichen. Dies bedeutet dann, daß die unterstellte Homogenität der Sektoren nur in begrenztem Maße gegeben ist und die tatsächliche Entwicklung nur unvollständig dargestellt wird. In dieser Untersuchung hier werden nun allerdings solche intrasektoral bedingten Wachstumsdifferenzen aufgrund der Untersuchungsmethode als günstige oder ungünstige Standortbedingungen ausgewiesen bzw. interpretiert. Es erscheint mehr als fraglich, mit solch einem „impliziten Ansatz“ überhaupt inhaltliche Aussagen über sektorale Standortbedingungen machen zu können, enthält er doch keinerlei überprüfbare Hypothesen darüber, welche Kriterien als Standortvoraussetzungen für das sektorale Wachstum anzusehen sind.

Nach der Lektüre des Buches bleibt ein zwiespältiger Eindruck, der sich aus der unterschiedlichen Beurteilung des ersten und zweiten Teils der Arbeit ergibt. Die Untersuchung von Hoppen leistet mit Sicherheit einen wichtigen Beitrag für die Regionalpolitik, indem sie durch die Analyse des umfangreichen Datenmaterials im ersten Teil ein deutliches Bild des regionalen Strukturwandels im Industriebereich in den 60er Jahren in der Bundesrepublik zu zeichnen vermag. Nicht zu überzeugen vermag hingegen die im zweiten Teil der Arbeit durchgeführte Indikatoranalyse, besteht sie doch im wesentlichen nur aus trickreichen Umformulierungen, die keinerlei inhaltliche Aussagen zulassen, und Trendberechnungen, die nur die Zeitvariable, aber keinerlei ökonomische Erklärungsgrößen enthalten.

W. Erfeld, Münster